

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902**

16.10.1902 (No. 284)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 16. Oktober.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 284.

Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1902.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 10. Oktober d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Königlich Preussischen Oberleutnant Freiherrn von Billiez im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 das Ritterkreuz zweiter Klasse des höchsten Ordens vom Jägering Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 9. Oktober d. J. gnädigt geruht, das Kollegialmitglied des Oberschulraths Geheimen Regierungsrath Franz Schmidt zum vorstehenden Rath bei dieser Behörde zu ernennen.

Mit Entschliebung Groß. Ministeriums der Finanzen wurde in gleicher Eigenschaft verlegt: Obergrenzkontrolleur August Würtz in Ludwigshafen in den XIII. Grenzkontrollbezirk mit dem Wohnsitz in Konstanz und Obergrenzkontrolleur Julius Neumeister in Meersburg in den XIV. Kontrollbezirk nach Ludwigshafen.

Mit Entschliebung Groß. Ministeriums der Finanzen vom 10. Oktober d. J. wurde Forstassessor August Günther, zur Zeit II. Beamter des Forstamts Stockach, nach Waldbrunn verlegt und mit der Leitung des Forstamtsdienstes daselbst betraut.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Nochmals die Burengenerale.

Der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ wird aus Berlin geschrieben:

Die Vorgeschichte des Audienzgesuches, das die Burengenerale mit sicherer Aussicht auf Gewährung an den Kaiser richten konnten, wenn sie den ihnen durch das Entgegenkommen des Monarchen vorgezeichneten Weg ohne Schwanken und Zaudern betreten hätten, wird fortgesetzt durch vielfache, sich auch untereinander widersprechende Meldungen aus dem Haag, Brüssel, Amsterdam u. s. w. verdunkelt. Niemand mag trotz aller in den betreffenden Depeschen enthaltenen Perücken auf angebliche eigene Neuherungen Dewet's, Delarey's und Botha's diese selbst für den Wust von ungenauen oder geradezu falschen Angaben verantwortlich machen. Die Thatsache aber, daß die Generale von Kaiser Wilhelm nicht unter seiner, sondern unter ihrer Bedingung empfangen sein wollen, steht fest, und dies macht den Empfang unmöglich.

Die Bedingung der Generale ist, daß der Kaiser den Wunsch ausdrücke, sie zu sehen. Diese Forderung ist erst nachträglich aufgestellt worden. Aus der an sie gelangten Mitteilung über die deutschen Empfangsbedingungen, konnten die Generale einen solchen Wunsch des Kaisers schlechterdings nicht entnehmen und haben ihn daraus auch nicht entnommen. Gerade weil sie in der ihnen gewordenen Eröffnung jeden Hinweis auf eine Einladung durch den Kaiser vernichteten, machen sie jetzt diese zur conditio sine qua non für die Abgabe eines Empfangsbesuches an den britischen Votschafter. „Falls der Kaiser es wünscht“ — diese Klausel kehrt in den von hiesiger Seite kommenden Pressemeldungen immer wieder.

Die Generale können nicht ex post in Abrede stellen, daß sie durch den lediglich auf Bezeichnung des richtigen Weges für die Audienz gerichteten deutschen Initiativschritt sehr befriedigt waren und sich bereit erklärten, diesen Weg zu betreten. Die amtlichen deutschen Stellen waren hiernach zu der Erwartung berechtigt, daß ihnen die Abgabe des hiesigen Besuches an den britischen Votschafter angezeigt werden würde. Statt dessen wurden sie durch eine Mitteilung überrascht, welche die Erfüllung der durch den Kaiser vorgeschriebenen und durch die Burenführer schon angenommenen Empfangsbedingungen von einer weiteren kaiserlichen Willensäußerung abhängig macht, d. h. die Generale suchen England gegenüber Deckung hinter dem Kaiser und wollen an die britische Vermittlungsstelle nicht ohne gleichsam entschuldigenden Hinweis auf einen von deutscher Seite ausgeübten Druck herantreten. Ein solches Drängen aber lag von vornherein außerhalb der deutschen Absichten. Der Kaiser und seine Regierung haben sich in dieser Sache von Anfang an auf den Standpunkt des beneficium non obtruduntur gestellt.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

\* Berlin, 14. Oktober.

Eingegangen ist eine Interpellation über die Fleischnoth. Es folgt Beratung von Petitionen.

Berichterstatter Dr. Müller-Meinungen (frei. Volksp.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen betreffend die Petitionen für Schaffung eines einheitlichen deutschen Vereins- und Versammlungsrechtes. Die Kommission beantragte bezüglich der Petitionen, die lediglich auf Schaffung eines solchen Rechtes abzielen, Berücksichtigung, aber bezüglich der Petitionen, die eine gleiche Stellung der Frau mit den Männern in dieser Frage wünschen, Lebergang zur Tagesordnung.

Abg. Wallermann (nat.-lib.) bedauert, daß die Kommission die Petitionen um Gleichstellung der Frauen unberücksichtigt lassen wolle.

Abg. Trimborn (Centr.): Die Frau dürfe auf dem ganzen Gebiete des Versammlungsrechtes den Männern nur so weit gleichgestellt werden, als ihr Berufsinteresse dabei in Frage kommt. Keineswegs dürften sich Frauen in die politische Agitation einmischen.

Abg. Niderer (frei. Volksp.) polemisiert gegen die Bestimmungen, die der preussische Minister des Innern bezüglich des Versammlungsrechtes getroffen hat. Bei der jetzigen preussischen Praxis würden die großen Frauenvereine noch alle in das sozialdemokratische Fahrwasser getrieben.

Abg. Vebel (Soz.) beklagt, daß ungebildete Polizeibeamte über die Abhaltung von Versammlungen entscheiden könnten. Wenn der Reichstagsrat wirklich wollte, könnte er Änderungen des Vereins- und Versammlungsrechtes zu Gunsten der Frauen wohl herbeiführen. Die Sozialdemokraten wollten auch das Stimmrecht der Frauen durchsetzen, wenn auch zunächst die Mehrzahl der Frauen gar nicht für sie stimmen würde. Wir kriegen sie doch, wie die Arbeiter, v. Dammernin mühte wegen Verletzung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes unter Anklage gestellt werden. Er hat sich in seiner Erklärung bezüglich der Handhabung dieses Gesetzes selber eine moralische Ohrfeige gegeben.

Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte v. Fischer weist die Angriffe Vebels wegen Handhabung des Versammlungsrechtes in Sachsen zurück. Gerade weil in Sachsen die Sozialdemokraten das Versammlungsrecht möglichst auszubreiten suchten, sehen sich die Behörden veranlaßt, die Schranken dieses Rechtes aufrecht zu erhalten.

Legationsrat Paulsen befreit als Bevollmächtigter mehrerer hiesiger Staaten, daß das Vereinsrecht dort einen reaktionären Charakter trage.

Abg. Chrasnowski (Pole) behauptet, die polnischen Vereine würden schlannt.

Nach Bemerkungen des Abg. Trimborn (Centr.) wird ein Verlagsantrag angenommen.

Der Präsident theilt mit, daß außer der Interpellation Albrecht, betreffend die Fleischnoth, eine gleiche Interpellation Müller-Sagan eingegangen sei, welche zusammen auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden würden.

\* Berlin, 15. Oktober.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Am Bundesratsstische befindet sich Staatssekretär v. Rosadowsky.

Zunächst wird auf Vorschlag des Abg. Wallermann an Stelle Pachnides der Abg. Frege zum Schriftführer gewählt.

In der fortgesetzten Besprechung der Interpellation Albrecht betreffend Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit, die im Januar abgebrochen worden war, weist Abg. Molkenbühr auf die steigende Arbeitslosigkeit und den daraus folgenden Lohnrückgang bei gleichzeitiger Steigerung der Lebensmittelpreise hin.

### Die Verständigungskonferenzen in Oesterreich.

Gestern haben die Konferenzen des österreichischen Ministerpräsidenten mit den Vertretern der tschechischen und der deutschen Parteien stattgefunden, um eine Verständigung über die wesentlichsten nationalen Streitpunkte mindestens insoweit herbeizuführen, daß die Beratung der Ausgleichsvorlagen im Reichsrathe den tschechischen Obstruktionsdrohungen gegenüber sturmfrei gemacht wird. Zur Grundlage dieser Verständigung sollen „Grundsätze“ dienen, nach denen bis zur Erlassung eines allgemeinen gültigen Sprachgesetzes der Sprachgebrauch bei den Staatsbehörden in Böhmen und Mähren geregelt werden soll. Das Gebiet der Verständigung ist damit auf denjenigen Kreis eingeeignet, in welchem die Erfüllung des tschechischen Hauptwunsches, die Einführung der tschechischen Sprache in den inneren Dienst, möglich ist, während die von den Deutschen seit Jahren geltend gemachten Beschwerden in Bezug auf ihre Stellung in der böhmischen Landesverwaltung im Vorhinein von der Diskussion ausgeschlossen sind.

Die vom Ministerpräsidenten v. Koerber den Mitgliedern der einberufenen Konferenz unterbreiteten Grundsätze (Mit einer Beilage.)

bezüglich der gesetzlichen Regelung der sprachlichen Verhältnisse bei den landesfürstlichen Behörden Böhmens und für die Regelung dieser Verhältnisse bei den landesfürstlichen Behörden Mährens haben nachstehenden Inhalt: Für beide Länder gelten folgende Grundsätze: Die deutsche Sprache ist in dem bisherigen Umfange zu gebrauchen: 1. im gesammten Verkehr mit den Militärbehörden und der Gendarmerie für deren dienstliche Anforderungen; 2. im Verkehr mit den Behörden außerhalb Böhmens und Mährens; 3. die deutsche Sprache ist ferner zu gebrauchen von allen landesfürstlichen Behörden sowohl im inneren Dienstverkehr wie auch in amtlichen Konferenzen und in allen Angelegenheiten der bewaffneten Macht, weiter bei Vorlegung von Berichten, Gutachten und Geschäftsausweisen an den Centralstellen, bei Informationen, Berichten u. s. w. in staatspolizeilichen Angelegenheiten und solchen der Sicherheitswache, und endlich bei den Qualifikationstabellen der Staatsbediensteten, außerdem bei allen landesfürstlichen Kassen und Aemtern, bei Führung der Kassenjournale u. s. w., welche von den Centralorganen benützt werden, wie in allen Betriebs- und Verkehrsangelegenheiten im inneren Dienst, dem Geschäftsbetrieb des Post- und Telegraphendienstes und der der Centralleitung unmittelbar unterstehenden staatlichen Anstalten sowie für den gegenseitigen Verkehr der betreffenden Organe und Aemter. Abgesehen hiervon sind grundsätzlich bei den landesfürstlichen Behörden zu unterscheiden: einsprachiges böhmisches, einsprachiges deutsches und zweisprachiges Sprachgebiet. Als einsprachig gelten jene Gerichtsbezirke, in denen bei der Volkszählung von 1900 und bei jeder zweiten jeweiligen Volkszählung weniger als 20 Proz. der ansässigen Bevölkerung eine andere Landessprache als Umgangssprache angegeben haben. Alle anderen Gerichtsbezirke sind zweisprachig. Danach richtet sich auch die Einsprachigkeit oder Zweisprachigkeit der landesfürstlichen Behörden. Mehrere Gerichtsbezirke umfassende Behörden sind zweisprachig, wenn ein oder mehrere dieser Sprengel anderssprachig sind als die übrigen.

In der Konferenz mit den Vertretern der Deutschen in Böhmen hob Ministerpräsident v. Koerber hervor, daß die Grundzüge der Sprachenverordnung nach den Erfahrungen der Behörden zusammengestellt seien, sie seien aber nicht unabänderlich. Der Ministerpräsident betonte die Nothwendigkeit einer Verständigung und ersuchte, sich über die Grundsätze zu äußern.

### Aus der französischen Deputirtenkammer.

\* Paris, 14. Okt. Der Monarchist Baudry d'Asson beantragt, das Ministerium wegen Gesetzesverletzung und Vergehens gegen die Gewissensfreiheit unter Anklage zu stellen. Er fordert zu seinem Antrag die Dringlichkeitsklärung, die indessen mit 414 gegen 52 Stimmen abgelehnt wird. Baudry ruft unter heftigen Gebräuden: „Es lebe die Freiheit!“

Die Kammer tritt darauf in die Beratung der Tagesordnung ein. Der Vorsitzende verliest die eingegangenen 14 Interpellationen des Nationalisten Georges Berry über die Gründe, die den Ministerpräsidenten veranlaßt haben, die Schließung von Kaiserhöfen und Altersheimen anzuordnen, des Nationalisten Benoist über die Anlegung von Siegeln in Fällen, die nicht vom Gesetz vorgesehen seien, und über die Wiederanlegung des Siegels unter Verletzung des Gesetzes über den Volksschulunterricht, des Nationalisten Jules Roche über die Vergewaltigung des Hausrechts durch die Regierung, des Nationalisten Grandmaison über die Maßnahmen, die der Unterrichtsminister getroffen, um den Besuch der Gemeindefschulen da zu sichern, wo bisher nur Ordenschulen bestanden, des Nationalisten Millevoye über die Verwendung des Meeres bei der Niederwerfung des Widerstandes anlässlich der Schließung von Ordenschulen, des Nationalisten Massabian über die Mittel, die die Regierung ergreifen wolle, das Gleichgewicht im Budget für 1902 herzustellen, des Nationalisten Lamy über das Verbot der bretonischen Sprache im Katechismusunterricht, des Sozialisten Chauviere über die Verwendung von Truppen in den Auslandsgebieten, des Nationalisten Lasies über die Maßregelung des Generals Frater und die Maßnahmen des Kriegsministers zur künftigen Verschönerung der Armee von Polizeidienstleistungen, des Nationalisten Gauthier über das Ergebnis der Verfolgung der Familie Humbert, des Monarchisten de Kamel über die Verletzung des Eigentumsrechtes durch die Anlegung von Siegeln an die dritten Personen geborenden Ordenschulgebäude, der Antastung der gerichtlichen Autorität und die willkürlichen Hindernisse, die die Regierung der Ausführung des Gesetzes über den freien Unterricht in den Weg gelegt habe, des Sozialisten Briand über das, was die Regierung anlässlich des Zwischenfalles in Terre-Noire thun wolle.

Ministerpräsident Combes betritt die Rednerbühne, von der Linken mit lebhaftem Beifall, von der Rechten mit Rufen begrüßt. Er bittet die Kammer, alle die Orden und Schulschließungserlasse betreffenden Interpellationen zu vereinigen, und an die Spitze der Tagesordnung, zu zweit die den Auslandsangehende Interpellation, zu dritt die den General Frater betreffende und zum Schluß die über die Familie Humbert zu betragen.

Der Radikale Klotz fordert zunächst, über die Gruppen 1 und 2 zu verhandeln und das Datum für die Beratung der Gruppen 3 und 4 später festzusetzen.

Der Ministerpräsident erklärt sich mit diesem Antrag einverstanden, der darauf mit 353 gegen 204 Stimmen angenommen wird. Mit 563 Stimmen wird darauf auch ein Antrag, die Erörterung am Donnerstag zu beginnen, abgelehnt und die sofortige Beratung der Interpellationen über die Orden beschlossen.

Arnard (Rechtsrepublikaner) führt aus, heute stehe man vor vollendeten Thatsachen. Die religionsfeindliche Politik der

Regierung sei auch der Angelpunkt sowohl der Politik der Mehrheit, als auch der der Regierung. Es sei unerhört, daß mitten im Frieden 2500 Schulen durch einen bloßen Mias geschlossen wurden. Wenn es einer anderen Mehrheit einfiel, das Vereinsgesetz zur Einschränkung der Freiheit der Arbeiter-gemeinschaften zu gebrauchen, würde es eine Revolution geben. Der Ministerpräsident habe im Senat erklärt, daß über die Handhabung des Vereinsgesetzes in letzter Instanz der Gerichtshof entscheiden werde. Als aber der Gerichtshof sich gegen die Regierung aussprach, habe er sich über dieses Urtheil hinweggesetzt.

Der Ministerpräsident wirft ein: Ich habe im Senat nur erklärt, daß das Gericht darüber zu entscheiden hätte, ob eine Lehrperson noch einem Orden angehört oder nicht, das ist nicht dasselbe.

Arnard fährt fort: Bei der Erörterung einer Interpellation Dennis Cochins hat man kein Wort davon gesagt, daß das Vereinsgesetz auch auf die vor seinem Inkrafttreten schon vorhandenen Ordenschulen Anwendung fände. Jedenfalls ist das Gutachten des Staatsrats, das die Gültigkeit des Vereinsgesetzes für die vor dem 1. Juli 1901 begründeten Schulen bejaht, mit nur zwei Stimmen Mehrheit abgegeben worden. Die Regierung will, von jacobinischem Geist befeuert, alle die ausrotten, die anders denken als sie. Napoleon sagte einmal: Das Volk muß eine Religion haben und diese Religion muß in Händen der Regierung sein. Die gegenwärtige Regierung sagt: Für das Volk ist Gottlosigkeit nötig und diese Gottlosigkeit muß in Händen der Regierung sein. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Hg. Graf de Mun (Merikaler): Der Ministerpräsident hat diejenigen, die den Ordenschwestern beistanden, als Aufrechter bezeichnen. In Wirklichkeit ist nur einer ein Aufrechter selbst, denn die geschlossenen Schulen fielen nach einer ausdrücklichen Erklärung Waldeck-Rousseaus nicht unter das Gesetz. Der Ministerpräsident hat nicht das Recht, das persönliche Eigentum ohne eine richterliche Entscheidung anzugreifen; aber das Kabinett will sich nicht an die Gerichte wenden, weil es weiß, daß sie nicht mit ihm gehen. Nichts wird die Eintracht der begangenen Gewaltthaten verwischen. Es gibt keine Wahrheit gegen das Recht, und das Recht ist mit uns und denen, die Widerstand geleistet haben und noch weiter leisten werden. Die Fortsetzung der Erörterung wird von der Kammer auf Donnerstag angelegt.

(Telegramm.)

\* Paris, 15. Okt. In der Kammer wurde ein Selbstbuch über die internationale Konferenz zur Unterdrückung des Wädhandels vertheilt, welche im Juni in Paris stattfand.

## Großherzogthum Baden.

\* Karlsruhe, 15. Oktober.

Auf Anregung Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin soll während des bevorstehenden Winters in Höchsteren Viktoriapensionat unter Leitung der Oberin dieser Anstalt, als Fortsetzung des schon seit längerer Zeit mit Erfolg abgehaltenen Fortbildungskurses, zunächst versuchsweise, in methodischer Reihenfolge wissenschaftlicher Unterricht durch geeignete Lehrkräfte in freier, mehr akademischer Weise erteilt werden. Hierdurch soll den jungen Mädchen, welche die höheren Schulen oder den Fortbildungskursus bereits absolviert haben, Gelegenheit zu ihrer weiteren geistigen Fortbildung gegeben werden. Eine Vertiefung des schon Gelesenen wird so ermöglicht und eine Bereicherung durch neue wissenschaftliche Gegenstände gewährt. Auf diese Weise findet gleichsam eine Angleichung an das 10. oder 11. Schuljahr einer höheren Mädchenschule statt. Mit Rücksicht auf den Fortbildungskursus des Viktoriapensionats, welcher bereits eine weitere Ausdehnung schulmäßigen Unterrichtes verfolgt, soll der nunmehr darzubietende Unterricht, der erlangten geistigen, durch die dem Alter der Schülerinnen entsprechend, nicht mehr schulmäßig, sondern in Form des freien Vortrages erteilt werden mit eventuellem Gelegenheit zu Gedankenaustausch nach erfolgtem Unterricht.

Die Vetheiligung an dieser Unternehmung ist aber nicht nur auf Schülerinnen der höheren Mädchenschulen beschränkt, sondern Damen aller Altersstufen dargeboten und wird vielleicht auch solchen willkommenen Gelegenheit zu wissenschaftlicher Anregung gewähren, die zum Zwecke ihrer fachlichen Ausbildung in Kunst, Kunstgewerbe, Musik oder auch Technik die zahlreichen hiesigen Anstalten besuchen. Andererseits soll aber auch vor allem, ohne ausschließliche Berücksichtigung der oben erwähnten Zweige fachlicher Ausbildung der Frauen die Gewinnung allgemeiner Kenntnisse wissenschaftlicher Art denjenigen erleichtert werden, die in der Aufeinanderfolge regelmäßiger Vorträge eine Bereicherung ihres geistigen Regens suchen. Somit wird dieser Unterricht wiederum eine Ergänzung der durch die Volksbibliothek des Badischen Frauenvereins und andere Unternehmungen in so dankenswerther Weise veranstalteten Einzelvorträge gewähren. Die Schätze der Volksbibliothek werden für das eigene Studium eine außerordentlich wichtige Beihilfe sein.

Es ist beabsichtigt, die Vorträge in der letzten Woche des Monats Oktober beginnen zu lassen und mit der üblichen Unterbrechung über Weihnachten bis Ende März 1903 fortzusetzen. Sie finden in dieser Zeit jeweils an Werktagen Vormittags zwischen 10 und 12 Uhr im großen Saal des Viktoriapensionats in Karlsruhe statt. Da die Einrichtung eine versuchsweise, wie schon erwähnt, ist, sollen in diesem Winter in je einer Wochenstunde, während 20 Wochen nur behandelt werden: Thematika aus der neueren deutschen Literatur, aus der neuen Geschichte, aus der neuen deutschen Kunstgeschichte und aus der Naturgeschichte. Als Lehrer für diese Fächer sind in Aussicht genommen: die Herren Professor Kiefer, Archivar Dr. Brunner, Privatdozent an der Technischen Hochschule, Dr. Max Wingeroth, Direktorialassistent der Großherzoglichen Sammlungen für Alterthums- und Völkerkunde, sowie Oberlehrer Herrmann. Interessenten, insbesondere auswärtige Damen, welche nähere Auskunft über die Veranstaltung zu erhalten wünschen, werden gebeten, sich an Fräulein Streckert, langjährige Lehrerin am Viktoriapensionat, zu wenden, der die Führung der Geschäfte des neuen Kursets anvertraut ist.

\*\* Der Eisenbahnverkehr zwischen Genua und Pisa ist in beschränktem Maße und mit Fuhrwerksbenützung zwischen den 4 Kilometer von einander entfernten Stationen Serravezza und Pietrasanta wieder aufgenommen. Wegen der beiderseits bis zur Unterbrechungsstelle verkehrenden, sowie der für die Fuhrwerksbenützung zur Erhebung gelangenden geringen Zuschläge ertheilen die größeren Stationen nach Möglichkeit Auskunft.

† Für Postanweisungen nach Konstantinopel und Smyrna (deutsche Postanstalten), sowie nach den ottomanischen Postanstalten kommt von jetzt ab das Umrechnungsverhältniß von 1 Pfund Türkisch = 18 M. 65 Pf. zur Anwendung.

‡ Die türkische Postverwaltung theilt sich am Werthbrief- und Werthklästendienst des Westpostvereins. Infolge dessen sind nunmehr Briefe und Klästchen mit einer Werthangabe bis zu 8000 M. auch nach einer Anzahl von Orten der europäischen und asiatischen Türkei zulässig, an denen Postanstalten fremder Verwaltungen nicht bestehen.

§ Nähere Auskunft ertheilen die Postanstalten.

¶ Die Taxen für Postfrachtküden nach den Vereinigten Staaten von Amerika, d. h. für Pakete, welche wegen ihres Gewichtes, ihrer Größe oder aus anderen Gründen von der deutschen Post nicht der amerikanischen Post überwiegen werden können, sind in Hamburg oder Bremen an die vertragsmäßigen Spediteure der deutschen Post zur Verbesserung überliefert worden, sind wesentlich ermäßigt worden. Ueber den neuen Tarif ertheilen die Postanstalten Auskunft.

— (Das Konzert des Fräulein Hedwig Kirsch), welches am Montag Abend im Museum stattfand, war von einem ganz außerordentlichen Erfolg für die hochbegabte, jugendliche Klaviervirtuosin begleitet. Gleich in der ersten den cis-moll-Sonate op. 27 Nr. 2 von Beethoven traten ihre tüchtigen Eigenschaften aufs Maranteste in den Vordergrund, und man konnte sich mit der technisch vollendeten Ausführung dieses Werkes ebenso zufrieden geben, als mit der geistig reifen, abgeklärten Auffassung, für welche letztere die junge Künstlerin in voller Hingabe und Liebe zur Kunst den Beweis einer edlen Strebensart sprechen ließ. Von ihren weiteren Darbietungen an Stücken von Schubert, Chopin, Chevillard, Rubinstein, Ashton und Liszt gefiel uns die geschmackvolle Auswahl aus den Préludes op. 28 ganz besonders gut; sie erlähnte als wahre Klavierkünstlerin an Reinheit des Stils, voller Duft, Zartheit und Poesie, während die 11. Mazurke von Liszt mehr in der Eignung gewählt war, die glänzenden technischen Eigenschaften der Konzertjünglerin in hellem Licht strahlen zu lassen, welche nach diesem Effektschluß, dem jüdischen Beifall dankend, eine Zugabe gewährte. Auch die Opernjungferin Fräulein Lina Kist, welche bei ihrem jüngsten Auftreten im Hoftheater einen namhaften Erfolg sich erlangte, und deren schöne, wohlklingende Stimme mit Recht die größte Beachtung verdient, fand mit ihren Vorträgen allgemein lebhaften Zuspruch. Ihre Leistungen, die 1. Aagthenarie aus „Freischütz“ (deren Wahl wir zwar als abgefragter Feind von Opernarien mit Klavierbegleitung im Rahmen eines geschmackvollen Konzertprogramms nicht billigen), und einige öfter geböhrte Lieder von Wehmus, Cornelius und Robert Franz, des Letzteren „Für Musik“ nur leider durch überhäufte Tempomahme in seinem Stimmungsgelände geschwächt, werten die Dankbarkeit der Hörer, welche in anhaltendem Applaus sich ebenfalls eine Dreingabe erbaten.

— (Schwurgerichtssitzung vom 14. Oktober.) Eine rohe That, die sich in der Nacht des 18. August in der Gemeinde Walsch abspielte und bei der ein Menschenleben zerstört wurde, fand heute vor dem Schwurgericht ihre Sühne. In der genannten Nacht ist der Tagelöhner Johannes Jüngling bei einer Schlägerei mit seinem Brüdern, dem 21 Jahre alten Tagelöhner Andreas Jüngling und dem 21 Jahre alten Tagelöhner Franz Jüngling aus Walsch, im Hofe des Anwesens seiner Eltern von Andreas Jüngling erschossen worden. Andreas und Franz Jüngling standen nun heute vor den Geschworenen, um sich wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode beziehungsweise wegen Vetheiligung an einer Schlägerei, durch die der Tod eines Menschen verursacht wurde, zu verantworten. Die Ursache der folgenschweren That, die den beiden Angeklagten zur Last gelegt wurde, ist in Familienswiftigkeiten zu suchen. Es standen dabei die Eltern und der getödtete Johannes, ein braver fleißiger Bursche, auf der einen Seite, die beiden Angeklagten auf der anderen Seite. Sie hielten den Johannes, weil er ihnen wegen ihres jeten Wirtschaftenslebens und ihrer öfteren Trunkenheit wiederholt Vorhalt machte und weil sie befürchteten, daß Johannes später das elterliche Haus erhalten werde. Als die Angeklagten am 18. August wieder einmal betrunken nach Hause kamen, fingen sie mit Johannes, der bereits schlief, Streit an. Es kam schließlich zu einer Schlägerei, bei der Andreas dem Johannes mit einem Stemmer einen Stich in die linke Halsseite versetzte, und ihm die Unterlippenarterie durchschnitt. Der Verletzte brach sofort zusammen und nach nur wenigen Minuten eine Leiche. Der Angeklagte Andreas Jüngling erklärte in der heutigen Verhandlung, daß er sich an die Einzelheiten der Vorgänge, die sich am Abend des 18. August im Anwesen seiner Eltern abspielte, wegen starker Trunkenheit nicht erinnern könne. Er werde wohl seinen Bruder getroffen haben. Franz Jüngling stellte jede Schuld in Abrede; er behauptete, sich an der Schlägerei im Hofe nicht betheiligt zu haben. Auf Grund des Verneinungsergebnisses sprachen die Geschworenen unter Verfassung mildernder Umstände die Angeklagten schuldig, worauf Andreas Jüngling zu 6 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und Franz Jüngling zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt wurde.

▲ (Aus dem Polizeibericht.) Gestern Vormittag brachte ein verheirateter Glasergeselle aus Eggenstein in einem gewerblichen Betriebe eine Hand in die Hobeleschine, wobei ihm drei Finger zwischen dem 1. und 2. Glied abgeschnitten wurden. Der Verletzte wurde durch seinen Arbeitgeber mittelst Droschke in das städtische Krankenhaus verbracht.

\* Mannheim, 14. Okt. Das Zeugnißzwangsverfahren ist gegen den Medatteur, Herrn Dr. Gerard, von der „Neuen Bad. Landeszeitung“ eingeleitet worden. Er war vor das Schöffengericht Mannheim als Zeuge geladen. Da nach seiner Meinung die Möglichkeit vorlag, daß an ihn Fragen gestellt würden, deren Beantwortung eine Verletzung des Redaktionsgeheimnisses enthalten hätte, beantragte er, gemäß § 60 Schlusatz der Strafprozessordnung seine Weidigung bis nach Abschluß der Vernehmung auszusprechen. Sein Antrag wurde abgelehnt, worauf er den promissorischen Eid verweigerte, während er, wie die „N. B. Ldsztg.“ sagt, zur Zeugnisabgabe und zur Ablegung des afferatorischen Eides bereit gewesen wäre. Darauf erkannte das Gericht gegen den Zeugen auf eine Geldstrafe von 50 M. und verurteilte die Verhandlung. Herr Dr. Gerard gab die Erklärung ab, daß auch etwaige weitere Zwangsmaßnahmen ihn nicht bestimmen könnten, das Redaktionsgeheimniß zu verletzen.

× Baden, 14. Okt. Nach der nunmehr vorliegenden Statistik über die Frequenz der hiesigen Großher-

zoglichen Badanstalten im Monat September wurden im Großherzoglichen Reichsbad 9806 Bäder abgegeben (im September des Vorjahres 8393), Abonnement der Heilgymnastik waren es 111 (116), die Anzahl der Rastungen betrug 200 (167). Die Gesamteinnahmen hierfür stellten sich auf 19 498 M. 10 Pf. (16 507 M. 10 Pf.). Das Kaiserin Augusta-Bad weist folgende Ziffern auf: Bäder wurden abgegeben 5119 (4329), Abonnement der Heilgymnastik 93 (87), Anzahl der Rastungen 80 (143). Die Einnahmen hierfür betrugen 10 203 M. 30 Pf. (9135 M. 20 Pf.). In ähnlicher Weise günstig gestalteten sich auch die Zahlen bezüglich der abgegebenen Hangobehandlungen und der Tollermandschen Behandlungen. Die Frequenz war gegen den Monat August d. J. mit seinem hohen Fremdenbesuch naturgemäß etwas schwächer, hat aber gegen den Monat September des Vorjahres erfreulicher Weise um ein Bedeutendes zugenommen, jedenfalls ein Zeichen dafür, daß sich unsere Großherzoglichen Badanstalten beim Publikum einer immer größeren Werthschätzung zu erfreuen haben.

\* Ettensheim, 14. Okt. Hier fand die Einweihung der Kleinkinder- und Frauenarbeitschule statt. Herr Stadtpfarrer Baumann, der die kirchliche Weihe vornahm, hob in seiner Ansprache hervor, daß neue Geist sei eine Stiftung der Frau Bezirksarzt Neumann Witwe von hier, zur Zeit in Freiburg, welche hierzu 13 000 M. und den schön gelegenen Garten spendete. An der Feier nahmen u. A. theil Oberamtmann Hofmann, der frühere Amtsverwalter Dr. Nial und Medizinalrath Dr. Walther. Von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin war ein Glückwunschtelegramm eingetroffen.

\* Vom Bodensee, 15. Okt. In verschiedenen Gemeinden der Seegend wurde der Beginn der Weinlese auf Montag, den 20. Oktober, festgesetzt. Die Trauben sind im allgemeinen gesund und gut belaubt. In Sagena wird die Weinlese erst am 24. Oktober beginnen; auch in Neersburg hat man den Herbstanfang bis zum letzten Monatsdrittel hinaus geschoben und sieht man dort einem recht guten Ertragniß entgegen. — Die jüngsten Obstmärkte liehen eine große Nachfrage erkennen und wurden zahlreiche Käufe bei steigender Tendenz abgeschlossen. Die Händler kommen zumeist aus Württemberg, dem badiischen Unterland und der Pfalz. — Der Export von Kartoffeln geht zur Zeit lebhaft von statten. Auf dem Bahnhof in Gottmadingen kommen große Transporte von Kartoffeln regelmäßig zur Verladung nach der Schweiz; insbesondere nach Winterthur und Zürich wurden beträchtliche Kartoffelfendungen effectuirt und für solche 3 M. 30 Pf. per 100 Kilo bezahlt. Ebenso gelangten auf den Bahnhöfen zu Eingen, Radolfzell, Wahlenau und Neuzingen anscheinliche Kartoffelzufuhren zur Verladung. — Die Arbeiten zur Erstellung der Großherzoglichen Friederichs-Warte auf dem Grehenberg (bei Mardorf) werden nunmehr begonnen. Die Errichtung des Thurmes wurde einer einheimischen Firma übertragen, der die Pläne bereits zugegangen sind. Der Thurm wird ein sehr gefälliges und zugleich imponantes Monument darstellen.

\* Kleine Nachrichten aus Baden. In Wertheim ereignete sich vorgestern auf der Wiese ein schwerer Unfall dadurch, daß ein Behälter mit Pulver exploirte, wobei 5 Personen mehr oder weniger schwer verwundet wurden, unter ihnen der Sohn des Bürgermeisters Keffler aus Zimpfingen, der in das Spital gebracht werden mußte. — In Ettlingen wurde in der heutigen Gemeinderathssitzung die Weinlese auf nächsten Dienstag, den 21. Oktober, festgesetzt. Das Ergebnis dürfte an Quantität unter Mittel bleiben. — In Bruchhausen wurde während einer großen Schlägerei zwischen Burschen vor hier und Ettlingenweiler am Sonntag Abend das Bahngelände von den streitenden Parteien derart belagert, daß der Personensug so lange nicht weiterfahren konnte, bis eine Räumung der Gleise gelungen war. Der friedensstiftende Polizeidiener wurde durchgepöbel. — In St. Georgen wurde während des Vormittags-gottesdienstes dem Pfarrer aus Rottweil-Altstadt aus seiner Wohnung 300 M. in Baar und Werthpapiere in Höhe von 100 000 M. nebst einigen Pretiosen gestohlen. Von dem Thäter fehlt jede Spur. — In Weikersheim verunglückte auf festem Ari der verheiratete Jakob Hüb. Derselbe wollte Kartoffel ausnehmen und schlug dabei mit der Hacke derart auf einen Stein, daß ein Stück abprang und ihm in das Auge traf. Er mußte nach Freiburg in die Klinik verbracht werden, woselbst das verletzete Auge ausgenommen wurde. — In Walschut wird seit Samstag die Ehefrau des Gregor Leber vermisst. Alle Nachforschungen waren bisher erfolglos. Die Frau ist seit längerer Zeit schwermüthig.

## Arbeitsnachweis und Arbeitslosigkeit.

SRK. Es ist eine Thatsache, daß die Hoffnungen auf eine völlige Beseitigung der wirtschaftlichen Krisis, unter der wir im Deutschen Reich seit 2 bis 3 Jahren leiden, sehr gering sind. Im Gegentheil muß mit einer Fortdauer der Krisis in einzelnen Industriezweigen, möglicherweise auch — solange wenigstens die Unsicherheit späterer handelspolitischer Beziehungen besteht — mit einer weiteren Verschärfung der wirtschaftungünstigen Lage gerednet werden. Es ist nur allerdings für Baden ein gewisser Trost, daß die Krisis im letzten Winter im Gegensatz zu den maßlos übertriebenen Behauptungen der sozialdemokratischen Presse, wie die Vertreter der süddeutschen Länder bei der kürzlich in Berlin getragenen Arbeitsnachweis Konferenz widerprüdlos verifizirt haben, im Süden des Reiches weniger bemerkbar und fühlbar geworden ist. Der Grund für diese günstigere Lage unseres Landes mag wohl darin liegen, daß die Großh. Regierung in vorausschauender Fürsorge für die Lage der arbeitenden Klassen Maßregeln zur Verhütung oder Milderung der drohenden Krisis getroffen hatte; dann auch darin, daß der Ausbau unserer süddeutschen Arbeitsnachweisanstalten schon seit Jahren ein viel intensiver und die Statistik der Anstalten eine erheblich zuverlässigere ist wie im Norden des Reiches, wo sich, von einzelnen um so rühmlicheren Ausnahmen abgesehen, Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften noch ziemlich unermittelt gegenübersehen. Der Beschluß der Berliner Arbeitsnachweis Konferenz, durch Vermittelung des kaiserlich statistischen Amtes einheitliche und verbindende Grundzüge für alle Arbeitsnachweisanstalten aufzustellen und gleichzeitig diese Statistik zu erweitern, um besser wie bisher eine Uebersicht über die Lage des Arbeitsmarktes zu gewinnen und daher auch rechtzeitig Maßregeln gegen eine drohende Arbeitslosigkeit ergreifen zu können, kann nur aufs Wärmste begrüßt werden. Höchst erfreulich ist es aber und für uns von besonderem Interesse, daß ein so hervorragender, wenn auch linksstehende Sozialpolitiker, wie Professor Dr. Werner in Zürich, auf Grund seiner im Ausland gemachten Erfahrungen, dazu kommt, ein wichtiges Glied des Unterbaues unserer deutschen Sozialgesetzgebung, die Verfassungsdifferenzialen, anzuerkennen und sogar darauf eine neue Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, aufzubauen.

Wenn auch bis zur Erfüllung dieses Vorschlags noch ein weiter Weg zurückgelegt werden und besonders die Statistik der Arbeitslosigkeit, etwa in Anlehnung an das bereits in Baden seit mehreren Jahren für sämtliche Arbeitsnachweisstellen eingeführte Schema, erweitert werden muß, so ist es für die Vertreter der deutschen Sozialpolitik eine Genugthuung, daß ihre früher so viel bekämpften Ansichten nun auch in Kreisen linksgerichteter Fachleute in ihrer Richtigkeit anerkannt werden müssen.

### Das Heilserum gegen die Schwindsucht.

\* **Brüssel, 14. Okt.** Der bekannte belgische Gelehrte, Professor Denis, hat, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, eine Statistik über die von ihm mit dem Serum gegen die Schwindsucht behandelten Krankheitsfälle veröffentlicht, bei denen der Anfang der Behandlung in die Zeit zwischen dem 1. April 1899 und Ende September 1901 fällt. In diese Statistik sind die Kranken ohne besondere Auswahl der günstigen Fälle aufgenommen, und Professor Denis hat bei der Aufstellung besonders den Umstand berücksichtigt, daß günstiger Verlauf und Heilung erst nach längerer Zeit festgestellt werden können. In dem genannten Zeitraum wurden nun im ganzen 234 mit Tuberkulose behaftete Personen, bei denen der Bazillus angetroffen wurde, in Behandlung genommen. Von diesen 234 Kranken mußten 30 ausgeschieden werden, bei denen die Anordnungen für die Einführung des Serums von dem ausführenden Arzte nicht richtig befolgt worden sind und die nur daher in Frage gestellt worden ist. Professor Denis hat leider die Erfahrung machen müssen, daß eine ganze Anzahl von Ärzten die Grundregeln der Behandlung verkannt und das Serum wirkungslos gemacht hat. Weitere 18 Kranke, die wohl im Handumdrehen geheilt zu werden erwartet hatten, haben die Behandlung aufgegeben, da sich der gewünschte Erfolg nicht rasch genug einstellte. Von den danach übrig bleibenden Kranken wurden 33 nicht mit dem Serum behandelt, da dieses in dem letzten Stadium der Schwindsucht meist wirkungslos bleibt. Doch gibt es Ausnahmen, zumal, wenn eine dem Fall ganz besonders angepaßte Behandlung und Ernährung angewendet wird. So wurden bei einem jungen Mädchen mit sehr stark entwickelter Krankheit bald nach einem blutigen sorgfältig geregelte Einspritzungen gemacht und bereits nach drei Wochen waren, unter Aufhören des Hustens, Schluff, Gewichts Zunahme und weitere Anzeichen der Genesung bemerkbar. Von den 33 nicht mit dem Serum behandelten Personen sind nur noch drei am Leben. Alle anderen erzielten Einspritzungen mit verschiedenartigem Erfolge. Das Ergebnis war folgendes: 46 Kranke gleich 33 Prozent, von denen nur vier in einem Sanatorium, die übrigen aber zu Hause behandelt wurden, sind vollständig geheilt. 28 gleich 20 Prozent sind beinahe hergestellt und gehen nach und nach vollständiger Heilung entgegen. 27 Kranke haben sich wesentlich gebessert, Husten und Auswurf haben bedeutend abgenommen, Fieber und Schweiß sind geschwunden und Schluff ist ebenso wie Gewichtszunahme zu bemerken. Bei 6 Kranken hat sich keine Veränderung, bei 5 dagegen Verschlechterung gezeigt und 26 sind gestorben. Professor Denis hält dieses Ergebnis für sehr zufriedenstellend und ist der Ansicht, daß bei Schwindsucht im ersten und zweiten Grade 80 Prozent der Erkrankten fünfzig auf vollständige Heilung zu rechnen haben. Während jetzt noch 18 000 Menschen jährlich in Belgien an der Schwindsucht sterben, könnte man, wenn die neue Heilmethode überall zur Anwendung käme, unter Berücksichtigung aller Fälle hoffen, nimmere 1 Kranken von 2 zu heilen und 8 von 10 zu retten. Es ist daher nach Denis befremdend, daß sich eine so große Anzahl von Ärzten in Belgien immer noch dem neuen Heilverfahren gegenüber gleichgültig und sogar ablehnend verhält. Als Beispiel kann dienen, daß ein selbst an der Schwindsucht erkrankter Arzt die Einspritzungen ablehnte und sie erst nach Verschlimmerung seines Zustandes, aber zu spät, zu machen erlaubte.

### Ausstände.

\* **Böden, 14. Okt.** Der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes erklärt, laut „Frankf. Ztg.“, in der „Deutschen Bergarbeiterzeitung“ einen Aufruf an die Bergleute zur Unterstützung der freitenden französischen Kameraden. Der Aufruf sagt: Der Gesamtvorstand kam zu dem Schluß, die deutschen Bergleute zunächst aufzufordern, keine Uebergriffe zu verfahren! Wir können nicht hindern, daß die deutschen Kohlenbesitzer ihre angekauften Kohlenvorräte nun nach Frankreich hineinverfrachten. Dies geschieht schon, denn in den letzten Tagen ist der Versand von Ruhrkohlen auf täglich über 17 000 Doppelwaggons gestiegen, während vor dem Ausbruch des französischen Streiks nicht ganz 16 000 pro Tag versandt sind. Diese Mehrumsführung können wir nicht hindern, weil die betreffenden Kohlen schon längst gefördert waren, und auf den Hallen lagerten. Aber unsere Pflicht ist es, so lange die ausländischen Kameraden streiken, mindestens keine Uebergriffe zu verfahren. Ihn wir dies nicht, so schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Kameraden in allen Revieren, bedenklich dies und helfst nicht durch Erhöhung der Förderung dem ausländischen Subventkapital! Sollte der Streik in Frankreich lange dauern, dann wird der Gesamtvorstand unserer Organisation zu beraten haben, was weiter zu thun ist. Wir können und wollen unsere Brüder in Frankreich, die direkt auf unsere Hilfe angewiesen sind, nicht im Stich lassen. Wir sehen, daß sich das Grubentapital internationale Hilfe leistet, das verpflichtet uns, unsere Leidensgenossen ebenfalls zu unterstützen. Kameraden, wir erwarten von euch, daß ihr den hohen Ernst der Sachlage vollständig erfahrt. Wir stehen vielleicht vor folgenreicheren Entschlüssen.

\* **Paris, 15. Okt.** Die Lage hinsichtlich des Ausstandes ist unverändert. Die letzte Nacht ist im Kohlenbeken von Pas de Calais ziemlich lebhaft verlaufen. An einigen Punkten mußten Truppenabteilungen die Ausständigen zerstreuen.

\* **Charleroi, 14. Okt.** 500 Grubenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung.

\* **Leas, 15. Okt.** Der Präfekt des Departements Pas de Calais richtete an die Kohlengrubengesellschaften seines Departements ein Schreiben, in dem er sie benachrichtigt, daß er die Mission, sich zwischen ihnen und den Arbeitern zum Zwecke der Beilegung des Konfliktes ins Mittel zu legen, annehme. — Der Präfekt des Departements Nord sandte an die Kohlengrubengesellschaften seines Departements einen gleichlautenden Brief, wie der Präfekt von Pas de Calais.

\* **London, 15. Okt.** Entsprechend dem Ansuchen Mitchell's empfahl der parlamentarische Ausschuß der Trades Unions, daß alle Mitglieder der Trades Unions in Großbritannien alles in ihren Kräften stehende

thun sollen, um die amerikanischen Grubenarbeiter zu unterstützen.

\* **New-York, 14. Okt.** Roosevelt's Sekretär Cortelyou gibt eine Erklärung der Präsidenten der Kohlengruben bekannt, welche zuerst dem Präsidenten Roosevelt unterbreitet wurde. Die Unterzeichner der Erklärung sagen, sie seien niemals dagegen gewesen, ihre Streitigkeiten mit den Arbeitern einem billig zusammengesetzten Gerichtshof vorzulegen. Die Präsidenten der Kohlengrubengesellschaften seien sich darüber klar, daß das Publikum dringend Kohlen gebrauche, und sie wünschten auch alle Anstrengungen zu machen, um eine erhöhte Kohlenzufuhr zu ermöglichen. Sie könnten aber nicht die ihrer Sorge anvertrauten Interessen im Stich lassen und ebensowenig die Interessen Derjenigen, die jetzt in ihren Gruben Arbeit oder Fortarbeit suchten. Sie ersuchten daher den Präsidenten der Vereinigten Staaten, die oben erwähnte Kommission einzusetzen.

\* **Wilkesbarre, 14. Okt.** Eine große Anzahl Ausständiger befürwortet die Ablehnung der Vorschläge der Präsidenten der Kohlengrubengesellschaften. Einige sprachen sich für die Annahme aus.

\* **Wilkesbarre, 15. Okt.** Es sind alle Anzeichen vorhanden, daß der von den Arbeitgebern aufgestellte Schiedsgerichtsplan in der jetzigen Gestalt nicht von den Arbeitern angenommen werden wird.

### Orientpolitik.

(Telegramme.)

\* **Konstantinopel, 14. Okt.** Bei Krurowa im Distrikt Florina, Vilajet Monastir, wurde eine Bulgarenbande von türkischen Truppen aufgerieben, wobei 10 Bulgaren fielen. Von Saloniki und anderen Orten sind gestern 2350 Mann türkischer Truppen nach Debeagatosch abgegangen. Vor gestern und gestern zerstörten bulgarische Banden auf der Linie Saloniki-Konstantinopel zwischen den Stationen Porly und Demirhisar an neun Stellen den Telegraphendraht.

\* **Konstantinopel, 15. Okt.** Auf Verlangen der Pforte wurden seitens Ausland Vorstellungen wegen Uebertretens von Grenzen über die Grenze erhoben. Hier verlautet, alle Großmächte hätten auf ein Circular der Pforte versprochen, in Sofia Vorstellungen zu machen. Die Pforte wurde aus Sofia benachrichtigt, die Regierung werde die macedonischen Comités auflösen.

### Die Kämpfe am Panama-Isthmus.

(Telegramme.)

\* **New-York, 14. Okt.** Ein Telegramm aus Willemstad befragt die Verlegung der venezolanischen Regierung von Caracas nach dem Bezirk von Guacaipuro, wird der Befürchtung zugeschrieben, daß die Aufständigen einen Angriff auf Caracas machen wollen. Die Regierung wünscht auch auf Fragen der auswärtigen Befehden, die täglich darum nachsuchen, die an Personen begangenen Unbilden und Schädigungen des Eigentums ihrer Staatsangehörigen wieder gut zu machen, nicht antworten zu brauchen. — Nach einem Telegramm aus Puerto Cabello befragt eine dort vorliegende amtliche Mitteilung, daß die Schlacht bei La Victoria mit einem vollständigen Siege der Regierungstruppen endete.

\* **New-York, 14. Okt.** Einem Telegramm aus Port of Prince zufolge, beantragte das diplomatische Korps auf die Initiative des amerikanischen Botschafters die Einstellung der Feindseligkeiten zwecks Uebereinkommens über die Friedenspräliminarien.

### Neuere Nachrichten und Telegramme.

\* **Odessa, 15. Okt.** Bei den Landtagswahlen wurden statt des bisherigen einen Sozialdemokraten sechs gewählt; die agrarische Mehrheit ist beseitigt.

\* **Stuttgart, 15. Okt.** Die Nachweisung der Rechnungsergebnisse des Staatshaushalts für das Etatsjahr 1900 ist über Erwartung günstig. Den Voranschlag haben die Einnahmen um 3 132 386 M., die Ausgaben um 1 009 125 M. überfliegen. Das Gesamtergebnis berechnet sich somit gegenüber dem Etat günstiger um 2 123 161 M. Da der Etat mit einem Fehlbetrag von 162 837 M. abgeschlossen hatte, so beträgt der Ueberschuß nunmehr 1 960 324 M. Er geht in die Reinerhaltung für 1901 über.

\* **Paris, 15. Okt.** Seine Majestät der König von Griechenland ist hier eingetroffen.

\* **Paris, 14. Okt.** Der „Français“ weist auf die Meldung eines hiesigen Blattes, wonach man sich in Kiel angeblich die Modelle aller fremden Ueberseeboote, auch die der französischen, verschafft habe, und greift den Kabinettsdirektor des Marineministeriums sehr heftig an, weil derselbe der Schweizer Ingenieur Ricket beauftragt habe, dem Plan für ein neuartiges Ueberseeboot auszuarbeiten.

\* **Paris, 14. Okt.** Der Staatsvoranschlag stellt fest: Zur Erzielung des Gleichgewichts sind 207 Millionen neue Mittel nötig. Unter diesen neuen Mitteln befinden sich die Einnahmen aus der Konvertierung der 3/4-prozentigen Rente, die Regelung des Privilegiums der Hausdrenner, die Revision der Rechte der toten Hand auf bebauten Grundstücke, die Ausgabe von Schatzscheinen mit sechsmonatlicher Laufzeit u. s. w. Bei Einrechnung der neuen Mittel weist das Budget einen Ueberschuß von 500 000 Frs. auf.

\* **Syracus, 14. Okt.** In Giarratana kam es gestern zu einer Revolte ländlicher Arbeiter. Eine größere Anzahl derselben wollte eine Lohnerhöhung erzwingen und verhinderte deshalb die arbeitswilligen Arbeiter, sowie die ländlichen Eigentümler, sich auf das Feld zu begeben. Es wurden Carabinieri herbeigerufen, um die Freiheit der Arbeit zu wahren, sie wurden aber mit Steinwürfen empfangen. Die Carabinieri gaben zunächst Revolverkugeln in die Luft ab; die Menge, immer aufgeregter werdend, fuhr aber mit den Stein-

würfen fort, drängte einen Carabinieri in ein Haus und machte ihn nieder. Die Carabinieri mußten zurückgehen, um aus ihrer Kaserne ihre Carabinieri zu holen; als aber die immer gewaltfamer dringende Menge sich ihnen näherte, mußten sie zu ihrer Verteidigung Revolverkugeln abgeben. Zwei Landleute wurden zu Tode getroffen, mehrere andere verwundet.

\* **Charbin, 15. Okt.** Die Eröffnung des allgemeinen Verkehrs auf der Strecke Charbin-Bladivostof der chinesischen Ostbahn ist um ein Jahr verschoben worden.

\* **Washington, 14. Okt.** Der Erste Sekretär der Amerikanischen Botschaft in Berlin, Jackson, ist zum Gesandten in Chile ernannt worden. An seiner Stelle wurde der Zweite Sekretär, Percival Dodge, zum Ersten Sekretär bei der Botschaft in Berlin ernannt.

### Verstärkungen

\* **Leipzig, 14. Okt.** Der Ehrengerichtshof für Rechtsanwältinnen verwarf die Berufung der Oberstaatsanwaltschaft gegen das Urteil des Ehrengerichtshofs der Berliner Anwaltskammer vom 22. März d. J. gegen Justizrath Dr. Sello. Durch dieses Urteil war Justizrath Dr. Sello von der Anklage, sich gegen die Pflichten des Anwaltsstandes gelegentlich der Verteidigung August Sternbergs vergangen zu haben, freigesprochen worden.

\* **Stuttgart, 15. Okt.** Den Begrüßungsabend für den Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke eröffnete Universitätsprofessor Gröhner-Tübingen im Namen des württembergischen Landesverbandes, in dem er im Interesse der Kraft und der Zukunft des deutschen Volkes zum Kampfe gegen den Alkoholismus aufforderte. Im Laufe des Abends wies Fabrikinspektor Dr. Fuchs-Karlsruhe auf den unverhältnismäßig hohen Prozentfuß (10 bis 20 Prozent) hin, der von dem Einkommen der Arbeiter dem Alkohol geopfert werde.

\* **Budapest, 14. Okt.** (Telegr.) Die schon gewordenen Pferde eines Fuhrwerks rammten heute Abend auf dem Neupester Weg in einen vollgefüllten elektrischen Wagen. Die Wagenbesitzer fuhr zwischen die auf dem Perron stehenden Personen, von denen eine getödtet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt wurden.

\* **Budapest, 15. Okt.** (Telegr.) Der Schiffskapitän Adam Schönabel hat gestern auf seinem Schlepsschiff seine 35 Jahre alte Frau tödtlich geschlagen und dann sich selbst durch einen Revolververstoß in die Schläfe getödtet. Die Frau wurde in sterbendem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht. Materielle Verhältnisse sollen die Ursachen der That gewesen sein.

\* **Konstantinopel, 14. Okt.** (Telegr.) In Gaza (Syrien) ist eine choleraartige Erkrankung vorgekommen. Der Sanitätsrath ordnete eine zehntägige Quarantäne an und entsandte Ärzte dahin.

Die Fortsetzung des Feuilletons „Vor zweihundert Jahren“ mußte wegen Mangel an Raum für die morgige Nummer zurückgestellt werden.

### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Spielplanänderung (eingetretener Hindernisse wegen):

Donnerstag, 16. Okt. Abth. B. 10. Ab.-Vorst. (Große Preise.) „Lobengut“; „Lannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg“, in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 11 Uhr.

Freitag, 17. Okt. Abth. A. 12. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Das goldene Kreuz“; „Der Troubadour“, Oper in 4 Akten von Verdi. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Samstag, 18. Okt. Abth. C. 12. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum ersten Mal: „Die Familie Schroffenstein“, Trauerspiel in 5 Akten von Kleist. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 19. Okt. Abth. B. 12. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Das Mädchen des Eremiten“, komische Oper in 8 Akten, nach dem Französischen des Lecroq und Cornon, Deutsche Bearbeitung von G. Ernst, Musik von Aimé Mallart. Hierauf: „Kam im Busch“, Tanzspiel in einem Aufzuge von D. J. Bierbaum, Musik von Felix Motz. Anfang 6 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Wetter am Dienstag, den 14. Oktober 1902.

Hamburg und Mek Nachmittags Regen, Swinemünde meist bedeckt, Neufahrwasser Vormittags Regen, Münster, Breslau, Chemnitz und Mühlberg Nachts Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 15. Oktober 1902, Vormittags 7 Uhr.

Rom wollig 15°, Nizza heiter 14°, Florenz heiter 15°, Triest halbbedeckt 16°.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 15. Oktober 1902.

Mit zunehmender Tiefe ist die Depression, welche gestern über Nordwesteuropa erschienen war, bis zur mittleren Ostsee weitergezogen, ohne bei uns Regenfall gebracht zu haben; gleichzeitig hat sich — wohl aber nur vorübergehend — ein barometrisches Maximum über dem Festland ausgebildet, weshalb bei uns aufgekurt hat. In Norddeutschland herrscht Regenwetter. Im hohen Norden ist strenge Kälte eingetreten. (Saparanda —10°.) Im Norden von Schottland ist eine neue tiefe Depression erschienen, welche wahrscheinlich den hohen Druck wieder verdrängen wird; es ist deshalb unruhiges, trübes und mildes Wetter mit Regenfällen zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Oktober	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
14. Nachts 9 <sup>u</sup> U.	751.6	13.6	8.2	71	SW	bedeckt
15. Morgs. 7 <sup>u</sup> U.	753.4	10.3	8.0	86	SW	„
15. Mittags 2 <sup>u</sup> U.	751.2	14.8	7.2	58	SW	„

Höchste Temperatur am 14. Oktober: 16.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 10.0.

Niederschlagsmenge des 14. Oktober: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 15. Oktober: 4.27 m, gefallen 12 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.



**Wintersaison**  
Fortdauer aller  
Kurmittel u. Veranstaltungen.

# Wiesbaden

## Weltbekannter Kur- u. Badeort.

Kochsalz-Thermen 49—69° Cels.

**Unvergleichliche Heilerfolge bei:**

Gicht, Rheumatismus, Ischias, Gelenk-, Nerven-, Magen- u. Darmleiden  
sowie bei Krankheiten der Athmungsorgane.

Prospekte frei.

Stadt. Kurverwaltung.

2-355,2

**G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.**

**Voranzeige.**

Im November d. J. erscheint

**Unfallversicherungsgesetz**

für

**Land- und Forstwirtschaft**

mit sämtlichen Ausführungs- und Vollzugsbestimmungen

für das

**Großherzogtum Baden**

von

Großh. Oberrechnungsrat **Emil Nusser.**

Preis geb ca. 6 Mk.

Alle Buchhandlungen nehmen schon jetzt Bestellungen an.

**XI. Strassburger Pferde-Lotterie**

Ziehung sicher 15. November 1902.

Kleine Looszahl! Verminderung der Gewinne ausgeschlossen!

1200 Gew. 39000 Haupt-Gew. 10000

Die 1180 letzten Gewinne werden mit 10%, und die 31 ersten Gewinne mit 25% Abzug vom Generalagenten ausbezahlt.  
1 Loos 1 Mk., 11 Loose 10 Mk.; Porto u. Liste 25 Pf. extra

empfehlen **J. STÜRMER**, General-Agentur Strassburg i. E.

Hier bei: **C. Götz**, Hebelstr. 11/15, **A. v. Perlestein**, **E. Dahlemann**,  
**Chr. Wieder**, **L. Michel**.

**G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.**

Sieben erschien:

**„Badisch Blut“**

Historisches Verspiel

in einem Akt

herausgegeben von

**Julius Ferdinand Wolff.**

Preis Mk. —.80.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

**Spöhrer'sche Höhere Handelsschule**  
Calw i. Württ.



Institut ersten Ranges für  
**Handelwissenschaften** Sprachen.  
**Realschule**, Aufnahme  
vom 10. Jahre an Vorbe-  
reitung zum **Einjäh-  
rigen-Examen**. Bei  
der letzten Prüfung  
haben 80% meiner

Kandidaten bestanden. **Ausländerkurse**. Pensionat herr-  
liche, gesündeste Lage. Prospekte durch Direktor **Weber**. 861,3

**G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.**

**Das badische Wasserrecht**

enthaltend

das Wassergesetz vom 26. Juni 1899 nebst den Vollzugs-  
vorschriften und den sonstigen wasserrechtlichen Bestimmungen.

Erläutert und systematisch dargestellt von

**Dr. Karl Schenkel,**  
Großh. bad. Minister des Innern.

Zweite Auflage.

Brochüre M. 16.—. Gebunden in Halbfranz M. 18.—

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

**COLOSSEUM.**

Donnerstag, den 16. Oktober 1902.

Neues Programm.

Erstes Auftreten

folgender Artisten.  
**Schwestern d'Elvert**, Gesangs-  
Duettistinnen.  
**Dora Marschett**, equilib. Jong-  
leur-Vkt.  
**Tover u. Clagton**, komische Akro-  
baten.  
**Aurora-Truppe**, die besten Kunststrabfahrer.  
Auf vielseitigen Wunsch prolongirt.

**Samstag, den 18. Oktober 1902: Vorstellung.**

**Die Süddeutsche Versicherungs-Bank**

für Militärdienst- und Wöchter-Aussteuer in Karlsruhe  
übernimmt Kinder-Versicherungen in der Weise, daß die Kapitalien zahlbar  
werden:

- a) auf einen vorher bestimmten gewissen Zeitpunkt: 18, 20, 25 u. Jahre;
  - b) auf den Hochzeitstag eines Töchterchens;
  - c) auf den Militärdienst eines Knaben; außerdem
  - d) Alters-Versicherungen Erwachsener ohne ärztliche Untersuchung
- Je früher der Beitritt erfolgt, desto billiger die Prämie.  
Aufhören der Prämienzahlung in früherem Todesfall des Antragstellers.  
— Vollständige Rückgewähr, falls das versicherte Kind vorher stirbt. — Niedrige  
Prämien, solide, parnarme Verwaltung, alle Ueberschüsse den Versicherten.  
Ankunft erteilt und Anträge nimmt entgegen: D 650 24  
Die Direktion, Schloßplatz 7, Karlsruhe.



**Ludwig Schweisgut**  
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.



**Neue Pianinos,**  
gediegene, schöne Instrumente  
kreuzsaitig, mit massiven  
Metallrahmen, **Effenbein-  
klaviatur** zu Mk. 475,  
Mk. 520, Mk. 550, Mk. 620,  
Mk. 680 und höher mit  
5jähriger Garantie.

**Vereins-Register.**

**Siedingen.** R. 925.  
Zum Vereinsregister wurde heute  
unter D.-Z. 5 eingetragen:  
**St. Vincenzverein bad. Rhein-  
felden** mit Sitz in bad. Rheinfelden.  
Die Satzungen sind am 10. Juni  
1900 und 28. September 1902 er-  
richtet worden.  
Vorstand:  
Wilhelm Josef Williard, Pfarr-  
verweser,  
Laurita Köhle, Krankenschwester,  
Albert Wotisch, Kaufmann,  
Frau Bahniwart a. D. Müller,  
jämmtlich in bad. Rheinfelden.  
Zu Ausgaben in Einzelbeträgen von  
über 200 M., Vermögenskäufen  
und Verkäufen, wichtigen baulichen  
Veränderungen und Verpflegungsver-  
trägen, bedarf der Vorstand der Ge-  
nehmigung des Verwaltungsraths.  
Siedingen, den 11. Oktober 1902.  
Großh. Amtsgericht.

**Triberg.** R. 926.  
Nr. 13 354. Zu D.-Z. 5 des Ver-  
einsregisters ist eingetragen:  
Am 3. Oktober 1902 wurde an  
Stelle des Gastwirts Wilhelm  
Lehms in Hornberg Hermann Diesel,  
Gastwirt zum „Viren“ in Hornberg  
zum I. Vorsitzenden, Karl Bieringer,  
an Stelle des Letzteren zum Schrift-  
führer gewählt.  
Triberg, den 8. Oktober 1902.  
Großh. Amtsgericht.

**Stipendien-Ausschreiben.**

Auf den 20. April 1903 sollen die  
Zinsen aus der Stiftung des Frau  
Pfarrer Dr. Kästig Witwe dahier für  
1902/03 zur Vertheilung gelangen.

„Stiefle Bürgerstiftung, welche stu-  
diren oder sonst ein ehrenhaftes Ge-  
werbe erlernen“ und deshalb an die-  
ser Stiftung genussberechtigt zu sein  
glauben, werden eingeladen, ihre Ge-  
suche um Berücksichtigung bei der  
Zinsvertheilung bis zum 15. No-  
vember d. J. schriftlich bei uns einzu-  
reichen.

Den Gesuchen, welche von den Ge-  
suchstellern selbst mit Angabe ihrer  
Wohnungen geschrieben sein müssen,  
sind außer den Zeugnissen über Auf-  
führung und Befähigung, auch die  
Schulzeugnisse der Petenten anzufü-  
gen, da die Letzteren sonst so  
wenig berücksichtigt werden könnten,  
als Handwerkslehrlinge, welche nicht  
die Gewerbeschule besuchen. R. 347, 2  
Heidelberg, den 6. Oktober 1902.  
Der Stadtrath:  
Dr. Wildens.

**Geometerstelle.**

Die Stelle des städtischen Geome-  
ters ist auf 1. Januar f. J. neu zu  
besetzen. Anstellung erfolgt nach Maß-  
gabe der städtischen Dienstordnung  
mit Aussicht auf Anbehalten und  
Hinterlebenverjüngung. Bewerber,  
welche in der Lage sind, die Ver-  
stellung als badische Geometer zu er-  
langen, wollen ihre Gesuche unter  
Anschluß von Zeugnissen, Darlegung  
ihres Bildungsganges und Angabe der  
Gehaltsansprüche in Val'e anher ein-  
reichen. R. 904, 2  
Bruchsal, den 8. Oktober 1902.  
Der Stadtrath.

**Bürgerliche Rechtsstreite.**

**Bekanntmachung.**  
R. 931. Ettlingen. In dem Kon-  
kursverfahren über das Vermögen des  
Sebastian Münch, Wirth zur Wil-  
helmsbühl in Ettlingen zur Zeit in  
Karlsruhe hat die Schlussvertheilung  
zu erfolgen. Hierzu sind verfügbar  
Mk. 583,02. Zu berücksichtigen sind  
Mk. 582,94 bevorrechtigte Forderungen.  
Die nicht bevorrechtigten Forderungen  
mit Mk. 42,978,94 fallen Mangels  
Masse in Verlust.

Das Schlussverzeichnis liegt auf der  
Gerichtsschreiberei des Großh. Amts-  
gerichts Ettlingen zur Einsicht auf.  
Ettlingen, den 15. Oktober 1902.  
W. Vetter,  
Konkursverwalter.

**Freiwillige Gerichtsbarkeit.**

**Bekanntmachung.**  
R. 885. Karlsruhe. Verbands-  
inspektor Karl Viktor Schneider in  
Karlsruhe möchte seinem am 10. Juli  
1900 zu Oppenau geborenen Sohne  
Karl Wilhelm Ferdinand den zweiten  
Vornamen „Hellmuth“ beilegen.  
Karlsruhe, den 9. Oktober 1902.  
Ministerium der Justiz, des Kultus  
und Unterrichts.  
In Vertretung:  
Gübisch.  
Dr. Ritter.

**Großh. Bad. Staats-  
Eisenbahnen.**

Mit Wirkung vom 15. Oktober l. J.  
treten für Zuckerrüben und Zuckerrü-  
ben-Futterstängel im Verkehr zwischen  
Züllingen und einigen badischen Staats-  
und Privatbahn-Stationen ermäßigte  
Frachtsätze in Kraft.  
Nähere Auskunft erteilt: das dies-  
seitige Gütertarifbureau.  
Karlsruhe, den 15. Oktober 1902.  
Großh. Generaldirektion.

**Großh. Bad. Staats-  
Eisenbahnen.**

Mit Gültigkeit vom 1. November 1902  
wird die Station Posen (Werberdamm)  
des Eisenbahndirektionsbezirks Posen  
in den Ost-Mittel-Südwestdeutschen  
Tariertarif einbezogen.  
Nähere Auskunft erteilen die Dienst-  
stellen.  
Karlsruhe, den 14. Oktober 1902.  
Großh. Generaldirektion.

**Großh. Bad. Staats-  
Eisenbahnen.**

Die Feilenhauerarbeiten für die  
Gauptwerkstätte Karlsruhe, für die  
Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31.  
Dezember 1905 sollen vergeben wer-  
den.  
Angebote sind bis 30. Oktober l. J.  
vormittags 10 Uhr, mit entprechender  
Aufschrift versehen, anher zu  
richten.  
Die Bedingungen können bei uns  
eingesehen oder auf Verlangen bezogen  
werden.  
Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
Karlsruhe, den 10. Oktober 1902.  
Gr. Verwaltung der Hauptwerkstätte.